



---

## Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 23. November 2004 Nr. 5341

---

Interpellation

### **Interpellation Sylvia Huber: Umsetzung der Gewährung von Nothilfe für Menschen mit NEE; schriftlich**

Sylvia Huber und 22 Mitunterzeichnende des Grossen Gemeinderates reichten am 14. September 2004 die beiliegende Interpellation betreffend „Umsetzung der Gewährung von Nothilfe für Menschen mit NEE“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Am 1. April 2004 sind die Änderungen des Asyl- und Ausländergesetzes in Kraft getreten. Kernstück dieser Änderungen ist der Beschluss, dass Personen, die ein offensichtlich unbegründetes oder missbräuchliches Asylgesuch stellen, vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) einen Nichteintretens-Entscheid (NEE) und somit eine Wegweisung aus der Schweiz erhalten. Diese Personen werden aus dem vom Bund finanzierten Sozialhilfesystem des Asylbereichs ausgeschlossen. Sie gelten ab Rechtskraft des NEE als ausländische Personen mit unbefugtem, also illegalem, Aufenthalt. Diese Personen sind für ihren Aufenthalt bis zur Ausreise selbst verantwortlich.

Art. 12 der Bundesverfassung (SR 101; abgekürzt BV) garantiert allen Personen, unabhängig davon, weshalb jemand in Not geraten oder ob die Notlage selbstverschuldet ist, ein Recht auf Hilfe in Notlagen. Dieses Recht steht somit auch Personen zu, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Nothilfe ist als individuelle Hilfe aufgrund der verfassungsmässigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen grundsätzlich von den Kantonen zu gewähren. Dabei müssen die Grundbedürfnisse des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Obdach und medizinische Versorgung gedeckt werden.



Personen, welche vor dem 1. April 2004 einen Nichteintretensentscheid erhalten haben, wurde in Zusammenarbeit der Gemeinden mit den Kantonen eine individuelle Rückkehrhilfe angeboten.

Für Personen, die nach dem 1. April 2004 einen Nichteintretensentscheid erhalten, sieht der Bund für die Kantone eine einmalige Pauschalabgeltung für die Nothilfekosten in der Höhe von CHF 600 pro Person vor. Die Nothilfeentschädigungen werden dem für den Vollzug der Wegweisung zuständigen Kanton ausgerichtet. Die Vollzugszuständigkeit definiert nicht, welcher Kanton für die Ausrichtung der Nothilfe im Einzelfall zuständig ist. Für die Zuständigkeiten im Bereich der Nothilfe gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (SR 851.1; abgekürzt ZUG), wonach der Aufenthaltskanton für die Ausrichtung sofortiger Hilfe für Personen in Notlage zuständig ist.

Der Bund stellt dazu fest, dass sich die Nothilfe für Personen mit einem Nichteintretensentscheid von der ordentlichen Sozialhilfe des Asylbereichs in zeitlicher und sachlicher Hinsicht unterscheide und vor allem der Tatsache Rechnung tragen soll, dass die Bezüger umgehend die Schweiz selbständig zu verlassen haben.

Gemäss kantonalem Sozialhilfegesetz (sGs 381.1; abgekürzt SHG) liegt die Zuständigkeit für die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen im Kanton St.Gallen ausschliesslich bei den politischen Gemeinden. Dabei richten sich Zuständigkeit, Unterstützungswohnsitz und Verfahren nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG). Hier kommt im Bedarfsfall Art. 21 ZUG sinngemäss zur Anwendung. Benötigt eine Ausländerin oder ein Ausländer, die oder der sich in der Schweiz aufhält, hier aber keinen Wohnsitz begründet, sofortige Hilfe, so ist der Aufenthaltskanton, im Kanton St.Gallen die Aufenthaltsgemeinde, zuständig.

Die Pauschale in Höhe von CHF 600 wird im Kanton St.Gallen der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidenten (VSGP) überwiesen. Der Verteilschlüssel auf die einzelnen Gemeinden muss noch definiert werden.

Um die Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2003 EPO3 des Bundes zu erfassen, wurde vom BFF ein Monitoring eingerichtet. Dabei sollen individuelle Daten in den Bereichen Nothilfeunterstützung und öffentliche Sicherheit erhoben und ausgewertet werden. Das Monitoring soll insbesondere zeigen, ob allfällige Anpassungen - z.B. im Finanzierungssystem oder bei Rechtsänderungen - erforderlich sind. Die Daten werden sowohl bei den Gemeinden als auch bei der Kantonspolizei erhoben.



## **2 Beantwortung der Fragen**

Zur Umsetzung des Entlastungsprogramms 2003 (EPO3) des Bundes ist ein verbindlicher Ablauf festgelegt. Dabei obliegt der Gemeinde die Gewährung von Nothilfe und dem Kanton die Ausschaffung. Das Ablaufschema EP03 im Kanton St.Gallen sieht folgendermassen aus:

### **1. Ankunft Ausländer/Ausländerin in der Empfangsstelle des BFF**

- Nichteintretensentscheid
- Rechtskraft
- Wegweisung aus der Empfangsstelle

### **2. Ausländer/Ausländerin verlangt in Gemeinde Nothilfe**

- Gemeinde informiert die Kantonspolizei (KAPO), die die ausländische Person abholt
- Identitätsabklärung durch Kantonspolizei (KAPO)
- Eventuell Verzeigung wegen widerrechtlichem Aufenthalt und Information an Untersuchungsrichteramt, Ausländeramt wird informiert
- Ausländeramt entscheidet über das weitere Vorgehen (Entlassung oder Ausschaffung). Ausserhalb der Bürozeiten entscheidet die KAPO und informiert anschliessend das Ausländeramt
- Die KAPO meldet den Fall im Rahmen des Monitoring dem Ausländeramt (Eintrag auf Erhebungsbogen)

### **3. Bei Entlassung des Ausländers/der Ausländerin**

- Bei Anfrage des Ausländers/der Ausländerin prüft die zuständige Aufenthaltsgemeinde eine Nothilfeunterstützung
- Die Gemeinde meldet den Fall im Rahmen des Monitoring dem Ausländeramt (Eintrag auf Erhebungsbogen)

### **4. Bei Ausschaffungshaft**

- Ausschliessliche Aufgabe des Ausländeramtes (Kanton)

Vom 1. April bis zum 30. September 2004, also während sechs Monaten, wurde beim Sozialamt der Stadt St.Gallen in 21 Fällen um Nothilfe nachgesucht. Darunter war auch eine Familie mit einem Kind. Nach Abklärung durch die Kantonspolizei haben allerdings nur fünf Personen das Angebot der Nothilfe des Sozialamtes angenommen.



Das Sozialamt bietet Nothilfe an, indem eine Notunterkunft im Haus zur Grünhalde oder in einem einfachen Zimmer angeboten wird. Im Kollektivbedarf ist der Bezug einer Zivilschutzanlage geplant. Zur Sicherstellung der Nothilfebedürfnisse erhält die nothilfesuchende Person im Haus zur Grünhalde ein Abendessen, Frühstück und für den Tag einen Notproviant. In den übrigen Unterkünften werden Essensgutscheine abgegeben.

Über die Dauer der erforderlichen Nothilfe entscheidet das Ausländeramt, weil es sich gemäss der am 1. April 2004 in Kraft getretenen Verordnung um Personen handelt, die sich illegal in unserm Lande aufhalten. Personen mit einem NEE wissen, dass ihr Aufenthalt in der Schweiz illegal ist und dass sie ausreisen müssen. Eine „grosszügigere“ Nothilfe wäre im Widerspruch zum gefällten Entscheid des Bundes.

Alle Gemeinden im Kanton St.Gallen wenden bei NEE ein gleiches Verfahren an. Dieses stützt sich auf einen entsprechenden Beschluss der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidenten (VSGP). Der Beschluss enthält folgende Grundsätze:

- Einheitliche Anwendung der Empfehlungen in allen Gemeinden, damit kein Tourismus entsteht;
- Nur kurzzeitige Unterkunft (Notschlafstellen) ohne Tagesstrukturen;
- Verpflegung in der Regel in natura (Gassenküche oder Gutscheine);
- Ansätze der Sozialdirektorenkonferenz der Kantone (SODK) anwenden (für Nahrung und Hygiene CHF 8 pro Tag und Person, sofern dies nicht in Form von Naturalleistungen erfolgen kann);
- Genaue Kostenerfassung für die Abrechnung mit dem Kanton;
- Meldung an die Geschäftsstelle VSGP bei Problemen im Vollzug.

Wenn kranke Menschen, Familien mit Kindern, Minderjährige oder Schwangere beim Sozialamt um Nothilfe ersuchen, haben sie Anspruch auf individuelle Hilfsangebote (geeignete Unterkunft, Essen, Kleider). Auch die medizinische Versorgung wird sichergestellt.

Ende Oktober 2004 wurde vom BFF der Monitoring-Bericht der ersten drei Monate nach Inkrafttreten der Entlastungsmassnahmen herausgegeben. Darin wurde untersucht, wie sich der Ausschluss von Personen mit rechtskräftigem Nichteintretens- und Wegweisungsentscheid aus dem Sozialhilfesystem des Asylbereichs auswirkt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass keine besonders hohe Kriminalität festgestellt wurde. Die Delinquenz ist – bezogen auf alle erfassten Personen mit NEE in der Beobachtungsperiode April bis Juni 2004 – gemäss BFF tief. Dies trifft auch für den Kanton St.Gallen zu. Als schwierig gestaltete sich für Kantone, Gemeinden und Betroffene die Anwendung des Sozialhilfestopps auf



Personen, die ihr Gesuch vor dem 1. April eingereicht hatten. Bei Personen, die ihr Gesuch danach gestellt haben, ist die Umsetzung relativ gut verlaufen. Das BFF rechnet damit, dass von den abgewiesenen Asylsuchenden je ein Drittel in ein anders Land weiterreist, in die Heimat zurückkehrt oder in der Schweiz bei Bekannten untertaucht. Die Kosten können in dieser kurzen Beobachtungsperiode noch nicht abschliessend beurteilt werden. Um aber die Auswirkungen des Sozialhilfestopps bei NEE umfassend beurteilen zu können, wird das Monitoring während drei Jahren durchgeführt und möglichst breit abgestützt.

### **3 Schlussbemerkungen**

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei Menschen mit NEE um Personen handelt, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Es ist primär die Aufgabe des Kantons, den Entscheid des Bundes durchzusetzen und die Ausschaffung zu vollziehen. Dass bei Nichtausschaffungen neue „sans papier“ entstehen, ist kaum zu verhindern. Das Problem der vorhandenen Ängste der betroffenen Personen wird bestehen bleiben, weil die Ausschaffung unumgänglich ist. Mit einem sozialen Angebot und Hilfen, welche die Nothilfe übersteigen, würde die rechtliche Durchsetzung erschwert. Das Sozialamt der Stadt St.Gallen erfüllt den sozialen Auftrag gemäss Absprache mit den übrigen St.Gallischen Gemeinden. Bei einer weitergehenden Hilfe würde die Stadt zu einem Anziehungspunkt für Personen mit NEE.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 14. September 2004

